



# Häufig gestellte Fragen zur Abschöpfung von Überschusserlösen

*- Teil 3 des StromPBG –*

Stand: 10.03.2023

**Hinweis: Weitere Fragen werden im Zeitablauf ergänzt.**

**Es gilt jeweils die aktuelle Fassung.**

## **Berechnung der Überschusserlöse nach § 16 StromPBG**

**Wie ist die alternative stündlichen Berechnung anzuwenden (§ 16 Abs. 3 Nr. 2 StromPBG)? Welcher Stundenspotmarktpreis ist anzuwenden (§ 3 Nr. 42a EEG)? Ist eine Ausübung je Monat möglich?**

*Nach § 2 Nr. 22 StromPBG gilt als Spotmarktpreis der Strompreis in Cent pro Kilowattstunde, der sich in der Preiszone für Deutschland aus der Kopplung der Orderbücher aller Strombörsen in der vortägigen Auktion von Stromstundenkontrakten ergibt; wenn die Kopplung der Orderbücher aller Strombörsen nicht oder nur teilweise erfolgt, ist für die Dauer der unvollständigen Kopplung der Durchschnittspreis aller Strombörsen gewichtet nach dem jeweiligen Handelsvolumen zugrunde zu legen. In der Regel entsprechen sich die Stundenspotmarktpreise der Börsen in der Preiszone für Deutschland. Grundsätzlich ist eine monatliche Ausübung möglich (Drucksache 20/4685, S. 98).*

**Wie wird gemeldet/abgeschöpft (insb. bei Windparks), wenn ein Teil der Anlagen einen anderen Betreiber haben, aber der gesamte Strom über einen Netzverknüpfungspunkt eingespeist wird? Besteht eine Wahlmöglichkeit für die Abrechnung? Wie soll die Berechnung und Zuteilung der Einspeisung erfolgen (abrechnungsrelevanter Zählpunkt)?**

*Es besteht in einigen Fällen keine Gleichheit zwischen der erzeugten Strommenge einer Stromerzeugungsanlage und dem entsprechenden viertelstündlichen Lastgang an einem Zählpunkt. Die gesamten Mengen müssen jedoch gemeldet*

*und sachgerecht abgegrenzt werden. Falls keine mess- und eichrechtskonforme Abgrenzung möglich ist, können die SCADA-Werte herangezogen werden. Eine analoge Anwendung von § 24 Abs. 3 StromPBG kann hilfsweise erfolgen. Die Mengen dürfen auf den viertelstündigen Lastgang aufgeteilt werden. Insgesamt muss aber sichergestellt sein, dass die Summe der Einzelbetrachtungen den gemessenen Lastgang ergibt.*

**Berechnung der Überschusserlöse bei ausgeförderten Anlagen (WEA/Solar):  
§ 16 Abs. 3 Nr. 2 i.V.m. § 16 Abs. 1 Nr. 2b 2. Alt. StromPBG: 6% der Marktwerte,  
„Erhöhung“ des Sicherheitszuschlags von null?**

*§ 16 Abs. 1 Nr. 2 b 2. Halbsatz StromPBG ist dahingehend auszulegen, dass der Sicherheitszuschlag für ausgeförderte Anlagen insgesamt immer null ist.*

**Wer darf Preissicherungsgeschäfte geltend machen? Wie erfolgt der Umgang mit Bruchteilseigentum? Es gibt gem. Marktstammdatenregister nur einen Anlagenbetreiber, jedoch haben wir Fälle, in dem es zwei unabhängige Betreiber (zwei getrennte Einsatzpläne, getrennte Zähler, etc.) gibt?**

*Preissicherungsgeschäfte können vom Anlagenbetreiber geltend gemacht werden. Der Begriff des Betreibers von Stromerzeugungsanlagen ist in § 2 Nr. 2 StromPBG legaldefiniert und entspricht dem Anlagenbetreiberbegriff im Sinne des EEG. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist derjenige Betreiber einer Stromerzeugungsanlage, der die tatsächliche Sachherrschaft ausübt, die Anlagenfahrweise bestimmen kann und das wirtschaftliche Risiko trägt (BGH-Urteil vom 13.02.2008, VIII ZR 208/05, Rn. 15). Einzelne SEEs sind für Zwecke des StromPBG daher stets dem Anlagenbetreiber zuzuordnen. Die Abschöpfung bezieht sich daher auch nur auf diesen im Marktstammdatenregister eingetragenen Anlagenbetreiber, der die Mengen*

*seiner Miteigentümer dann mitverantwortet. Sollten zwischenzeitliche Wechsel stattfinden, sind dennoch übergangsweise z.B. PSM-Meldungen (wie oben beschrieben) möglich. Der Betreiber i.S.d. StromPBG muss dann aber auch hier die Meldung durchführen. Hierzu ist eine Abstimmung der Eigentümer erforderlich.*

### **Wie erfolgt die Korrektur um Redispatch-Mengen?**

*Die Glattstellung nach Redispatch-Einsätzen muss nach den Maßstäben erfolgen, wie es ohne RD-Maßnahme der Fall wäre. Bei Abregelung per negativem Redispatch gilt daher: Gemessene Netzeinspeisung + bilanziell ausgeglichene Abregelungsmengen (vom NB an den Einspeise-BKV der abgeregelten Anlage) sind bei abgeregelter Anlage die relevanten Mengen des StromPBG. Bei Herauffahren per positivem Redispatch gilt: gemessene Netzeinspeisung – bilanziell ausgeglichene Hochfahrmengen (vom Einspeise-BKV der hochgeregelten Anlage an den NB) sind die dem StromPBG unterfallenen Einspeisemengen der hochfahrenden Stromerzeugungsanlage.*

### **Ist bei der eingespeisten Strommenge auch die nicht eingespeiste Menge infolge der Abregelungen eines Direktvermarkters zu berücksichtigen?**

*Wenn der Direktvermarkter aus marktlichen Gründen abregelt, ist dafür weder eine Entschädigung, noch ein bilanzieller Ausgleich aus dem Redispatch zu berücksichtigen. Diese "marktlichen Abregelungsmengen" dürfen daher auch nach StromPBG für die Ermittlung der abschöpfungsrelevanten Einspeisemengen nicht berücksichtigt werden.*

**§ 16 Abs. 1 Nr. 4 und 6 StromPBG: Müllverbrennung / Basis Mineralölprodukte:  
Können Gasanteile herausgerechnet werden (Hilfs- und Betriebsstoffe)?**

*Der Gasanteil bezieht sich auf die "Betriebs- und Hilfsstoffe", insofern sind die Kosten hierfür in den Grundkostenbetrag bzw. dem Sicherheitszuschlag enthalten und dadurch abgegolten. Eine Herausrechnung ist daher nicht vorzunehmen.*

**Sind eigengenutzte Strommengen, die übers Netz geleitet, aber nicht verkauft wurden, von der Abschöpfung der Überschusserlöse ausgenommen?**

*Die Abschöpfung der Überschusserlöse findet Anwendung, sobald die Strommengen ins Netz der allgemeinen Versorgung eingespeist werden. Auch in Fällen, in denen auf z.B. einem Industriegelände in Anlagen des Anschlussnetzbetreibers zunächst Mengen eingespeist, dann aber direkt wieder entnommen werden, ist dennoch das StromPBG (sowohl hinsichtlich der Abschöpfung als auch hinsichtlich der Entlastung) anzuwenden.*

**Können theoretische „negative Überschusserlöse“ nach § 16 StromPBG zwischen Stromerzeugungsanlagen oder Kalendermonaten verrechnet werden?**

*Für das Vorliegen von Überschusserlösen nach § 16 und deren Höhe ist eine anlagenscharfe Gesamtbetrachtung der Erzeugungsmengen und Spotmarktpreise oder Monatsmarkterlöse eines Monats anzulegen. „Negative Überschusserlöse“ werden nicht errechnet. Das ergibt sich aus der Formulierung „übersteigen“. Eine Verrechnung zwischen Anlagen oder Monaten ist nach dieser Betrachtung nicht möglich. Nicht relevant sind entsprechend die Spotmarktpreise der Vormonate oder „negative Überschusserlöse“ anderer SEEs. Dementsprechend liegen Überschusserlöse nach § 16 in einem Monat auch vor, wenn in den Monaten davor oder danach niedrigere Spotmarktpreise oder*

*Monatsmarktwerte gegolten haben als die in § 16 Absatz 1 geregelten Schwellenwerte oder der Anlagenbetreiber andere Stromerzeugungsanlagen betreibt, deren Schwellenwerte über den Spotmarktpreisen oder Monatsmarktwerte liegen.*

**Im § 16 Abs. 5 StromPBG wird folgendes genannt: „ausschließlich auf der Basis von Altholz mit Ausnahme von Industrierestholz“. Gilt die Ausnahme nur anteilig bzw. ist die Verwendung von Industrierestholz zu vernachlässigen? Müssen die Einzelkomponenten bei Verwendung von Altholz aufgeschlüsselt werden?**

*Die Regelung in § 16 Abs. 5 StromPBG legt fest, dass für Altholzanlagen bei der Berechnung der Überschusserlöse einen Sicherheitszuschlag von 70 €/MWh in Ansatz gebracht wird. Dies gilt jedoch nicht für Anlagen, die Strom auch auf der Basis von Industrierestholz erzeugen. Im StromPBG gilt analog den Grundsätzen des EEG die Ausschließlichkeit. Unter Berücksichtigung dieses eng ausgelegten Grundsatzes fiele die Anlage nicht in die Kategorie, sobald Industrierestholz eingesetzt wird. In § 2 der Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung - AltholzV) wird als Industrierestholz die in Betrieben der Holzbe- oder -verarbeitung anfallenden Holzreste einschließlich der in Betrieben der Holzwerkstoffindustrie anfallenden Holzwerkstoffreste sowie anfallende Verbundstoffe mit überwiegendem Holzanteil (mehr als 50 Masseprozent) definiert. Solange derartige Industrieresthölzer nicht verfeuert werden, kann im Umkehrschluss der Sicherheitszuschlag von 70 €/MWh in Ansatz gebracht werden. In Bezug auf die Zünd- und Stützfeuerung gilt ferner, dass die hierfür verwendeten Hölzer eingesetzt werden dürfen, soweit ansonsten die Anlage technisch nicht betrieben*

*werden kann. Die Grenze für den Begriff der Ausschließlichkeit bildet daher das tatsächlich technisch Notwendige, um die Anlage zu betreiben.*

**Frage zum Einsatz reiner Biomasse: Es kommen grundsätzlich auch Siebüberläufe aus Kompostieranlagen zum Einsatz. Diese sind nicht in der AltholzVO enthalten, sondern reine Biomasse. Ist dieser Einsatz zulässig? Wenn ja, in welcher Menge im Verhältnis zur Gesamtbrennstoffmenge?**

*Die Grenze für den Begriff der Ausschließlichkeit bildet das tatsächlich technisch Notwendige, um die Anlage zu betreiben. Fallen Siebreste (Äste etc. von Biokompostanlagen) nicht unter den Begriff des Industrierestholzes, gelten die obigen Ausführungen. Der Sicherheitszuschlag von 70 €/MWh kann hier in Ansatz gebracht werden.*

**Wie erfolgt die Berechnung der Überschusserlöse von Altholzanlagen, die unter § 16 Abs. 5 StromPBG fallen, aber einen anzulegenden Wert haben (weil gleichzeitig EE-Anlagen)?**

*Bei Altholzanlagen erfolgt die Berechnung der Überschusserlöse grundsätzlich auf der Basis von § 16 Abs. 5 StromPBG. Es wird also für diese Anlagen, die Strom nicht auf der Basis von Industrierestholz erzeugen, ein Sicherheitszuschlag in Höhe von 70 €/MWh in Ansatz gebracht. Dies gilt auch, wenn die Anlagen unter § 16 Abs. 1 Nr. 1 oder 2a StromPBG fällt, weil sie eine geförderte EE-Anlage ist. Selbst wenn es sich um eine ausgeförderte Altholzanlage handelt, gilt dieser erhöhte Sicherheitszuschlag, weil der Verweis in § 16 Abs. 5 StromPBG pauschal auf § 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 StromPBG erfolgt.*